

# Ent-Rüstungs-Exporte

Eine Erregung

Gerd Eisenbeiß , 8.10.2017

Gerade hatte sich die allgemeine Empörung über Tierversuche an Fruchtfliegen und Kakerlaken etwas gelegt (siehe Süddeutsche Zeitung vom 21. 11.2013, Wissenschaftsseite), haben Tierschützer einen neuen Skandal ans Licht der Öffentlichkeit gebracht: die deutsche chemische und Kunststoff-Industrie exportiert in großem Maßstab Fliegenklatschen und Mücken-Sprays u.a. in die arabischen Staaten am Golf - und das in der Zeit eines vermutlich dramatischen Insektensterbens!

Experten des Insektenschutz-Verbandes wiesen darauf hin, dass diese Produkte keinerlei Tierschutz-Zertifikat hätten; damit sei mit millionenfacher Verstümmelung unschuldiger Insekten zu rechnen, da bei unsachgemäßer Anwendung der Klatschen insbesondere größere Insekten nicht getötet, sondern nur verletzt würden. Sei schon die Beihilfe zum Töten ohne geprüfte Notwehrsituation barbarisch, so seien die verletzten Tierchen langsamem Siechtum ausgeliefert. Auch sei nicht sichergestellt, dass die Sprays ausnahmslos gefährliche Mücken töteten. Und auch der Schaden für den Menschen sei noch nicht ausreichend erforscht.

Ein Wissenschaftler wies darauf hin, dass das Töten von Insekten, sei es mechanisch durch Klatschen oder chemisch durch Sprays, ungeahnte Langfrist Wirkungen haben könnte. Deshalb sollten solche Risiko-Technologien erst zugelassen werden, wenn sie wenigstens eine Menschen-Generation lang getestet seien. Auch das sei nur ein Kompromiss gegenüber der profitgierigen Industrie, weil auch nach einer Generation mutagene Effekte nicht vollkommen ausgeschlossen werden könnten, wenn sie etwa latent und rezessiv seien. Das beziehe sich nicht nur auf die gefährlichen Sprays, sondern auch auf das Fehlen der getöteten Insekten in der natürlichen Fresskette und dem übrigen ökologischen Gesamtsystem.

Die Meldungen über diesen neuen Fall skrupelloser Exportpolitik der Bundesregierung erhielten eine weitere politische Dimension, als Menschenrechtsgrup-

pen auf die Situation in den belieferten Staaten aufmerksam machten, wo die herrschende Oberschicht alles, was nur entfernt Waffencharakter habe, gegen die wehrlose Zivilbevölkerung einsetzte.

Die Bundesregierung wies in einer Stellungnahme darauf hin, dass solche Exporte ausschließlich humanitären Zielen dienten. Man könne zwar aus Gründen der notwendigen Geheimhaltung keine Details nennen, verbessere aber insbesondere die traurige Situation der Gastarbeiter und Sklaven entscheidend, z.B. auf den Baustellen in den arabischen Scheichtümern, wenn sich diese lästiger Insekten besser erwehren könnten.

Man habe sich auch vertraglich zusichern lassen, dass weder die Klatschen noch die Sprays von Polizei oder im Haushalt gegen Kinder und Frauen eingesetzt werden dürften. Im Übrigen unterstütze nicht die Bundesregierung die undemokratischen Dynastien am Golf, sondern viel wirkungsvoller tue das jeder deutsche Autofahrer beim Tanken. Da spielten selbst Rüstungsexporte nur eine unwesentliche Rolle, zumal deutsche Gewehre bekanntlich viel weniger gefährlich seien als russische Kalaschnikows.

In Russland herrschte ob des deutschen Streit große Freude. Traute man sich doch auch selbst zu, solche Produkte fertigen zu können. Präsident Putin sprach in einer Fernsehübertragung von seiner neuen „Downstream-Strategie“, nicht mehr nur Öl und Gas als Rohstoff, sondern auch aus Öl gefertigte Fliegenklatschen im Lande herzustellen. So komme Russland langsam auch in die deutschen Supermärkte.

Die deutsche chemische Industrie reagierte alarmiert. Man habe schon immer darauf hingewiesen, dass ein deutsches Exportverbot nichts bringe, weil es eben noch keine weltweite Ächtung solcher Produkte gebe. Selbstverständlich habe man auch als Industrie Empathie mit den so wichtigen Insekten und werde sich deshalb auch in den internationalen Verbänden für beschränkende Maßnahmen aussprechen. Im Übrigen habe man die Gitter der Fliegenklatschen weiter verengt, so dass der Vorwurf, hier würden Tiere nur verletzt und nicht erlöst, völlig unbegründet sei. Auch seien Treibgas und Wirkstoff der Mückensprays zertifiziert laktose- und genfrei.

Natur- und Umweltschutz-Organisationen widersprachen mit der Forderung eines klaren Produktionsverbotes. Was zum DDT- und Ozon-Schutz möglich ge-

wesen und nun beim Klimaschutz fest verabredet sei, müsse nun auch beim Insektenschutz völkerrechtlich verankert werden.

Die Tierschutz-Partei forderte gar, den Insektenschutz ins Grundgesetz zu schreiben. Neuere technologische Entwicklungen ermöglichten einen entsprechend lebenserhaltend schonenden Umgang mit Insekten. So hätte ein findiger Mückenfreund eine Fliegenklatsche aus Leder entwickelt mit einem Loch in der Mitte, so dass die Mücken wenigstens eine faire Chance zur Flucht bekämen (er hatte das Modell „Ab durch die Mitte“ genannt). Noch weiter gehe ein dänisches Designer-Gerät (Abbildung), mit dem man die Tierchen unverletzt in dem Plexiglas-Teil mittels des farbigen Schiebers einsperren könne. Man müsse dann nicht töten, sondern könne die Gefangenen außerhalb der Wohnung wieder frei lassen.



Als der Herr Bundespräsident moderierend eingriff und mahnte, nicht jedes Detail ins Grundgesetz zu schreiben, erntete er wütende Mails und Tweeds, z.B. er hätte wohl selbst „einen an der Klatsche“ oder er solle mal die „Fliege machen“.

Der von einer sehr sensiblen Partei gestellte Bundesminister für Ernährung und Landwirtschaft, der gerade von der ANUGA zurück gekommen war, verwies auf die große Bedeutung der Insekten für die künftige Ernährung der Menschheit und meinte vermittelnd, er könne verstehen, wenn ein Bürger mal die Geduld mit einem Brummer oder einer Stechmücke verliere. Er schlage vor, dass die erschlagenen Tierchen gesammelt und gegen Entgelt von Sammelstellen zur Eiweiß-Rückgewinnung angenommen würden. Dem stimmte der Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit nachdrücklich zu: in Afrika und Indonesien sei man kulturell schon weiter bei der Nutzung des Insekten-Eiweiß für die Ernährung.

Letztlich aber liefen sich die Proteste tot, die sich ja zunächst an den Rüstungsexport entzündet hatten. Die EU-Kommission zog das Problem nach Brüssel, da nur sie für die Handelspolitik zuständig sei. Nun werde ein Weißbuch vorbereitet und auch das EU-Parlament werde Stellung beziehen.